

Gemeinsam Barsinghausen gestalten.

**Unser Wahlprogramm für ein solidarisches Barsinghausen
zur Stadtratswahl am 13. September 2026.**



Unsere Inhalte

1. Gerechte Bildung für Barsinghausen – Sozial, gebührenfrei und demokratisch	3
1.1 Gebührenfreiheit und beste Förderung von Anfang an	3
1.2 Schulen fairer gestalten	3
1.3 Lebenslanges Lernen für alle ermöglichen	4
2. Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Solidarisch, gerecht und inklusiv	5
2.1 Begegnungsräume erhalten, ausbauen und schaffen	6
2.2 Öffentliche Daseinsvorsorge – Die Schwächsten stärken	6
2.3 Inklusion ernstnehmen	7
3. Verkehr und Mobilität für alle – Bezahlbar und klimafreundlich	8
3.1 Nulltarif im Nahverkehr	8
3.2 Bessere Anbindung von Stadt und Region	8
3.3 Fuß- und Radverkehr fördern – Sichere und barrierefreie Wege schaffen	9
3.4 Die kommunale Verkehrswende gestalten – Tempo 30 und Verkehrsberuhigung	10
4. Den Wohnungsmarkt in Barsinghausen gestalten - Wohnen für alle bezahlbar machen	10
4.1 Bezahlbare Wohnungen bauen	10
4.2 Zweckentfremdung von Wohnraum bekämpfen – Rechte von Mieter*innen stärken	11
4.3 Wohnen nach den eigenen Bedürfnissen – Barrierefrei (um)bauen	12
5. Gesundheit und Daseinsvorsorge - Für eine solidarische Infrastruktur	13
6. Arbeit und Wirtschaft – Gerecht und transparent	14
7. Energie und Umwelt – Barsinghausen sozial und ökologisch gestalten	15
7.1 Energie und Klimaschutz	15
7.2 Natur- und Katastrophenschutz	16
8. Für eine solidarische Kommune – Antifaschistisch und antirassistisch	17

1. Gerechte Bildung für Barsinghausen – Sozial, gebührenfrei und demokratisch

Bildung ist der Schlüssel zur Emanzipation und muss für alle Menschen zugänglich sein – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir kämpfen für ein Bildungswesen, das nicht aussortiert, sondern alle fördert und zu gesellschaftlicher Teilhabe befähigt. In allen Bildungsbereichen setzen wir uns für eine verbesserte Förderung von Menschen mit besonderem Förderbedarf ein. Wir brauchen einen Sozialindex, der zusätzliche Finanzmittel gezielt an Bildungseinrichtungen mit besonderen sozialen Herausforderungen verteilt. In Barsinghausen sollen alle Menschen durch Bildung die besten Chancen erhalten, ihr Leben selbstbestimmt zu führen und die Gesellschaft demokratisch mitzugestalten.

1.1 Gebührenfreiheit und beste Förderung von Anfang an

Die Kita ist der erste Ort, an dem Chancengleichheit geschaffen wird. Wir wollen diesen Bereich so attraktiv gestalten, dass möglichst alle Kinder zusammen teilnehmen – wie in den meisten anderen europäischen Ländern.

Wir fordern:

- **Komplette Gebührenfreiheit:** Alle Betreuungsplätze müssen beitragsfrei sein, inklusive Frühstück, Mittagessen und Ausflügen. Bildung ist ein Recht, keine Ware.
- **Bessere Personalschlüssel:** Wir brauchen feste, am tatsächlichen Bedarf orientierte Betreuungsschlüssel und eine tarifgebundene Bezahlung aller Fachkräfte.
- **Kitas als Stadtteilzentren:** Ausbau zu Häusern der Begegnung mit Elterncafés und kostenlosen Beratungsangeboten.
- **Inklusion und Sprachförderung:** Inklusion muss von Anfang an mit festem Personal umgesetzt werden. Sprachförderung sollte grundlegender Bestandteil des Alltags unserer Kinder sein.

1.2 Schulen fairer gestalten

Wir wollen ein gemeinsames Lernen für alle. Damit verändern wir das Konkurrenz- und Wettbewerbsdenken in ein soziales, faires Miteinander an unseren Schulen.

Wir fordern:

- Komplette Lernmittelfreiheit und kostenloses Frühstück und Mittagessen: Vom Stift über das Tablet bis zum ausgewogenen Essen – alles muss für alle Schüler*innen kostenlos sein. Für die Verpflegung richtet die Kommune dezentrale, inklusive Küchen ein.
- Kein Kind darf von schulischen Klassenaktivitäten ausgeschlossen werden.
- Ausbau zu echten Ganztagsschulen: Jede Schule muss Schritt für Schritt zu einer echten Ganztagsschule mit vielfältiger, kostenloser Förderung und Freizeitangeboten ausgebaut werden. Dabei sollten lokale Vereine und Verbände in die Gestaltung des Angebots eingebunden werden.
- Der Ganztagsbetrieb muss der gesamten Familie dienen und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis mindestens 16 Uhr angeboten werden.
- Massiver Ausbau fester, multiprofessioneller Teams: Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und Therapeut*innen an jeder Schule müssen die Regel, nicht die Ausnahme sein. Die Kommune ergänzt notfalls das vom Land bereitgestellte Personal.
- Gezielte Förderung von Präventionsprojekten, die dem Schulabsentismus entgegenwirken, ein angstfreies Lernen und allen Schüler*innen einen Schulabschluss ermöglichen.
- Ausbau von Beteiligungsstrukturen für Schüler*innen- und Elternvertretungen in kommunalen Ausschüssen.

1.3 Lebenslanges Lernen für alle ermöglichen

Erwachsenenbildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und beruflicher Entwicklung und sollte deshalb stärker im Fokus stehen. Zudem sollte Barsinghausen die Kompetenzen von Menschen im Ruhestand aktiver nutzen.

Wir fordern:

- Die Finanzhilfe für Volkshochschulen (VHS), Bibliotheken und demokratische Bildungsvereine muss dauerhaft erhöht werden, um Planungssicherheit zu geben.
- Kommunale Koordinierung der Weiterbildung: Die Stadt vernetzt VHS, Bibliotheken und Vereine, um ein transparentes Gesamtangebot zu schaffen.

- Bibliotheken sollten als Wohnzimmer der Stadtteile verstanden und dementsprechend ausgebaut und finanziell in ihren Aktivitäten unterstützt werden.
- Kostenlose Grund- und Politikbildung: Alphabetisierungskurse, Kurse zum Nachholen von Schulabschlüssen und politische Bildungsangebote müssen gebührenfrei sein.
- Ausbau von Sprachkursen: Barsinghausen muss ausreichend gebührenfreie Sprachkurse für Geflüchtete und Zugewanderte anbieten, die zeitnah und adressat*innengerecht umgesetzt werden.
- Förderung der politischen Medienkompetenz: Ausbau von Angeboten, die Erwachsene im Umgang mit Desinformation und demokratischer Teilhabe im digitalen Raum stärken.
- Tarifbindung durchsetzen: Barsinghausen fördert nur noch Einrichtungen, die ihre Beschäftigten nach Tarifvertrag bezahlen. Schluss mit prekären Honorarverträgen!
- Zusätzliche Einbindung von pädagogischem Fachpersonal und interessierten Menschen im Ruhestand auf freiwilliger Honorarbasis, um dem Bildungsauftrag auch im demografischen Wandel gerecht zu werden.

2. Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Solidarisch, gerecht und inklusiv

Während Großkonzerne Vermögen anhäufen, kämpft die Mehrheit der Gesellschaft mit unsicheren Jobs, steigenden Preisen und fehlender sozialer Absicherung. Diskriminierung und Ausgrenzung gehören für viele Menschen zum Alltag. Statt Solidarität und Investitionen in das Gemeinwohl, setzt die regierende Politik auf Kürzungen am Sozialstaat, die sich wie im Fall der Jugendwerkstätten früher oder später in unserer Region bemerkbar machen. Die Kommunen werden gezwungen, unsoziale Entscheidungen, stigmatisierende und entwürdigende Maßnahmen von Bund und Land – wie beispielsweise die rassistische Bezahlkarte, die wir entschieden ablehnen – umzusetzen. Gleichzeitig werden Fördergelder gekürzt, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Ob Frauenberatungsstellen, Begegnungsstätten oder Jugend- und Kulturarbeit: Überall wo Menschen sich nicht mehr zugehörig fühlen und man über ihre Lebensrealitäten als Problem spricht, verlieren sie den Glauben an eine gerechte Gesellschaft. Eine Politik der Ausgrenzung gefährdet unsere Demokratie.

2.1 Begegnungsräume erhalten, ausbauen und schaffen

Wir brauchen Handlungsspielräume statt Sparzwang. Bundespolitisch setzt sie Die Linke daher u.a. für eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und einen höheren Spitzensteuersatz ein. Wesentliche Teile der höheren Einnahmen sollen den Städten und Gemeinden zugutekommen, um den kommunalen Investitionsstau zu beenden.

Wir fordern:

- Die Stadt Barsinghausen sollte konsumfreie Räume und solidarische Orte wie Sportvereine, freiwillige Feuerwehren, Nachbarschaftstreffs, Jugendzentren und Abenteuerspielplätze aktiv fördern und ausbauen.
- Eine Stärkung von vielfältigen, konfessionsunabhängigen Jugend- und Kulturinitiativen und weiteren sozialen Initiativen.
- Finanzielle Unterstützung für Initiativen wie die queere Jugendgruppe, um Ausflüge, Aufklärungsveranstaltungen für Eltern, junge Menschen und Angehörige, oder Koch- und Bildungsangebote in Barsinghausen durchführen zu können.
- Eine lebendige Infrastruktur für die Ehrenamts- und Initiativenarbeit. Wir schlagen vor, die Gewinnung von Ehrenämter*innen und Trainer*innen in Barsinghausen durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen wie beispielsweise der Durchführung einer Infoveranstaltung „Ehrenamtsbörse“ kommunal zu fördern.
- Alle öffentlichen Räume sollen für Initiativen, die dem Gemeinwohl dienen, kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

2.2 Öffentliche Daseinsvorsorge – Die Schwächsten stärken

Präventions- und Anlaufstellen, die sich parteilich für die Schwächsten in unserer Gesellschaft stark machen, sollen durch die öffentliche Daseinsvorsorge besonders in den Blick genommen werden. Ebenso setzt sich Die Linke für eine Stadtplanung ein, die alle Geschlechter mitdenkt und gleichermaßen fördert.

Wir fordern:

- Armut aktiv bekämpfen: Wir fordern die Umsetzung und Weiterentwicklung von Präventionsketten gegen Kinder- und Jugendarmut in Barsinghausen.

- Den Ausbau von Präventionsprojekten im Bereich geschlechtsspezifischer Gewalt und die auskömmliche Finanzierung von Frauenschutzhäusern sowie Beratungsstellen in der Region Hannover.
- Feministische Stadtplanung: Die kommunale Gestaltung (Lichtkonzepte, Sanitäranlagen, ÖPNV-Taktung) muss die Bedarfe aller Geschlechter berücksichtigen.
- Die Schaffung eines feministischen Beirats für den Stadtrat Barsinghausen zur fachlichen Begleitung politischer Prozesse.

2.3 Inklusion ernstnehmen

Inklusion ist kein Bonus, sondern eine völkerrechtliche Verpflichtung, die wir in der Region Hannover endlich konsequent umsetzen wollen. Viel zu oft müssen Betroffene ihre Rechte mühsam erkämpfen, anstatt sie einfach erleben zu dürfen. Besonders in der Bildung brauchen wir eine Kehrtwende: Weg von der frühen Aussonderung, hin zu einem Schul- und Kitasystem, das die Vielfalt der Kinder als Stärke begreift.

Wir fordern:

- Einen massiven Ausbau inklusiver Schul- und Kitaplätze in der gesamten Region.
- Auskömmliche Finanzierung von Schulbegleitungen, Integrationshilfen und persönlichen Assistenzleistungen gemäß den Bedürfnissen der Kinder und Bedarfen der Einrichtungen.
- Einen barrierearmen Umbau aller öffentlichen Bildungs-, Freizeit- und Kultureinrichtungen.
- Vernetzte Hilfe: Enge Kooperation zwischen Bildung, Therapie und Familien – therapeutische Angebote müssen direkt vor Ort in den Einrichtungen möglich sein.
- Zentrale Anlaufstellen: Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Inklusion sowie Informationsangebote in Leichter Sprache und Braille.

3. Verkehr und Mobilität für alle – Bezahlbar und klimafreundlich

Freie, klimaneutrale Mobilität sollte ein Grundrecht sein, doch dank Sozialkürzungen werden sogar Tickets für Schüler*innen und Senior*innen teurer. Zu häufig wird in der Verkehrspolitik einseitig auf das Auto gesetzt, was nicht nur klimaschädlich und gefährlich ist, sondern auch Teilhabe erschwert. Auch in Barsinghausen macht sich eine unzureichende Infrastruktur bemerkbar – gerade beim Fahrrad- und Fußverkehr. Eine Verkehrspolitik, die alle mitnimmt, stellt Bus, Bahn, Rad- und Fußwege in den Mittelpunkt.

3.1 Nulltarif im Nahverkehr

Als eine Kommune mit teils weit auseinanderliegenden Ortsteilen und als Teil der Region Hannover muss eine verlässliche Anbindung für jede*n gesichert sein. Ein kostenfreier Nahverkehr, welcher mindestens für Schüler*innen, Rentner*innen, Geringverdienende und unbezahlt Sorgetragende gilt, ist ein essenzieller Teil der städtischen Inklusion und Teilhabe. Es darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein, ob Freund*innen, Kultur oder Freizeitorte erreicht werden können. Gebührenfreier Nahverkehr schützt aktiv vor Ausgrenzung.

Wir fordern:

- Einführung eines Nulltarifs für Schüler*innen, Rentner*innen und Armutsbetroffene.
- Eine kommunale Finanzierung durch Zuschüsse des Landes sowie großer Arbeitgeber, die vom öffentlichen Nahverkehr profitieren.
- Bürokratieabbau durch einfaches Vorzeigen des Schüler*innen- oder Rentner*innenausweises anstelle des Zeigens eines Extratickets.

3.2 Bessere Anbindung von Stadt und Region

Barsinghausen ist als Teil der Region Hannover auf die Anbindung an die Landeshauptstadt angewiesen. Hier ist der Ausbau von Bus- und Bahnangeboten ungenügend. Gerade Familien, die viel Platz brauchen, und Menschen, die sich die Mieten in den Zentren nicht leisten können, sind auf verlässliche und regelmäßige Bus-

und Bahnanbindungen auch in den Randzeiten angewiesen, um am sozialen und kulturellen Leben vollumfänglich teilnehmen zu können sowie von Berufs-, Bildungs-, und Gesundheitsangeboten nicht ausgeschlossen zu sein.

Wir fordern:

- Höhere Zuverlässigkeit der Bahnverbindungen zwischen Stadt und Umland und eine garantierte halbstündliche Taktung.
- Abend- und Nachtverkehr sicherstellen über späte Bus- und Bahnfahrten.
- Flexible Angebote wie den Sprinti fördern, um Randgebiete der Kommune anzubinden.
- Die Flexibilität des Sprinti erhöhen, vor allem in Kombination mit der Bahnanbindung in Randzeiten, sodass ein sicherer Heimweg für alle gewährleistet ist.

3.3 Fuß- und Radverkehr fördern – Sichere und barrierefreie Wege schaffen

Unsere Kommune muss Sicherheit für Fuß- und Radverkehr als Alternative zur autozentrierten Stadt gewährleisten. Dies beginnt bei der Stadtplanung, in der sichere Geh- und Radwege, welche nicht in Konflikt mit Landstraßen stehen, geschaffen werden.

Wir fordern:

- Die Radwege zwischen den Ortsteilen müssen richtig ausgebaut und bei Bedarf erneuert werden.
- Eine deutliche, rote Kennzeichnung von Radwegen innerhalb der Ortsteile.
- Ausreichend (smarte) Ausleuchtung von Gehwegen bei Nacht.
- Barrierefreiheit garantieren: Abgesenkte Bordsteine, Bodenleitsysteme, rutschfeste Beläge und breite Gehwege.
- Schul- und Alltagswege sicherer machen: Vorrang für Fuß- und Radverkehr an Kreuzungen, mehr Zebrastreifen, sichere Querungen an Hauptstraßen.

3.4 Die kommunale Verkehrswende gestalten – Tempo 30 und Verkehrsberuhigung

Die Allgegenwärtigkeit von PKWs innerhalb der Stadtgrenzen sorgt für Lärmbelästigung sowie eine schwierigere Navigation, höhere Luftverschmutzung und eine enorme Gefahr für Kinder. Eine klimagerechte Zukunft lässt sich nur erreichen, wenn Verbrennerautos und Individualverkehr nicht mehr im Vordergrund der Stadtplanung stehen.

Wir fordern:

- Ein Parkleitsystem für Barsinghausen prüfen und Parkflächen überdenken.
- Ein Tempolimit von 30 km/h überall innerorts.
- Mehr Platz für Fuß- und Radverkehr statt Parkplätze für Autos.
- Einwohner*innen-Beteiligung bei der Umgestaltung von Straßen und Plätzen.
- Verkehrsberuhigung als Beitrag zu Gesundheits- und Klimaschutz, zum Beispiel durch Einschränkung der Verkehrszeiten und Verbotszonen für LKWs.

4. Den Wohnungsmarkt in Barsinghausen gestalten – Wohnen für alle bezahlbar machen

Gute und günstige Wohnungen für alle sollten in unserem reichen Land selbstverständlich sein. Doch in Barsinghausen steigen die Mieten wie im Rest der Bundesrepublik, während Sozialwohnungen verschwinden. Ursache ist eine Politik, die Wohnungen privatisiert und dem Markt überlässt. Wir wollen das ändern: Wohnen ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht!

4.1 Bezahlbare Wohnungen bauen

Immer weniger Menschen finden bezahlbaren oder gar günstigen Wohnraum. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften sind der beste Weg, dauerhaft günstige Wohnungen anzubieten. Ziel ist es, die öffentliche Hand zu stärken und den Wohnungsmarkt dem Profitinteresse zu entziehen.

Wir fordern:

- Gemeinnützigen, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau massiv ausbauen.
- Die Gründung einer stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft.
- Massiver Ausbau der Wohnraumförderung.
- Privatisierungen stoppen und rückgängig machen: Rückkauf privatisierter Bestände über kommunale Wohnungsunternehmen und Re-Kommunalisierungsfonds.
- Eine kommunalpolitische Initiative, um Immobilienkonzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen zu enteignen und in öffentliches Eigentum zu überführen.
- Dauerhafte Sozialbindung für alle neu gebauten und zurückgekauften Wohnungen.
- Förderung genossenschaftlicher und gemeinwohlorientierter Bauprojekte.
- Soziale Quoten bei Neubauprojekten: Mindestens 30% geförderter Wohnraum, in wohlhabenden Ortsteilen bis zu 70%.

4.2 Zweckentfremdung von Wohnraum bekämpfen – Rechte von Mieter*innen stärken

755 Wohnungen in Barsinghausen standen laut Zensus 2022 leer, während Menschen keine passende Wohnung finden. Leerstand und Zweckentfremdung lohnen sich, weil Spekulation und die Nutzung von Immobilien als Kapitalanlage von der Regierung toleriert werden. Unser Ziel als Linke ist es, Wohnraum zurück in Nutzung zu bringen und Mieter*innen vor Ausbeutung zu schützen.

Wir fordern:

- Die Einführung einer Leerstandsabgabe von 10 €/m², auch für Gewerbeflächen.
- Ein kommunales Leerstandsregister und eine Zweckentfremdungssatzung.
- Zweckentfremdungen von Wohnraum durch Plattformen wie AirBnB verbieten.
- Die Beschlagnahmung von leerstehenden Immobilien zur gemeinwohlorientierten Nutzung.

- Konsequent gegen Mietwucher vorgehen, die Stadtverwaltung entsprechend personell ausstatten.
- Eine kostenfreie kommunale Mietrechtsberatung.
- Energetische Sanierungen ohne Mieterhöhung: Förderungen für energetische Sanierungen nur unter der Bedingung, dass die Gesamtwarmmiete nicht steigt.
- Umbau statt Abriss: Vorrang von Umbauten in Genehmigungsverfahren. Abriss darf nur im Ausnahmefall genehmigt werden.
- Revitalisierung der Innenstadt: Mindestfläche für Wohnungen in innerstädtischen Gebieten erschließen und nutzbar machen.

4.3 Wohnen nach den eigenen Bedürfnissen – Barrierefrei (um)bauen

Immer mehr Menschen verlieren ihre Wohnung, wenn sie alt oder pflegebedürftig werden. Wohnungen müssen deshalb an die Lebensrealität angepasst sein. Ziel ist eine Wohnpolitik, die Inklusion, Barrierefreiheit und gemeinschaftliche Wohnformen selbstverständlich macht.

Wir fordern:

- Neubau und Sanierung kommunaler Wohnungen barrierefrei gestalten.
- Mehrgenerationenhäuser und gemeinschaftliche Wohnprojekte gezielt fördern.
- Aufsuchende Wohnraumberatung für Senior*innen und Menschen mit Behinderung.
- Förderprogramme für altersgerechten Umbau und bedarfsgerechten Wohnungstausch („Alt gegen Jung“) einführen.
- Finanzielle Unterstützung für barrierefreien Umbau ausweiten.

5. Gesundheit und Daseinsvorsorge - Für eine solidarische Infrastruktur

Der Anteil der Menschen mit psychischen Belastungen und Erkrankungen steigt seit Jahren. Der demografische Wandel erhöht außerdem den Pflegebedarf kontinuierlich. Während aber der Bedarf steigt, setzt die Bundesregierung auf Kürzungen im Sozialstaat und erzeugt dadurch zusätzliche Belastungen für Einwohner*innen in den Kommunen. Wir setzen uns in der Region für ein bedarfsorientiertes, solidarisches Gesundheitssystem ein, das alle Menschen unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Geschlecht gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger Versorgung bietet.

Wir fordern:

- Ausbau von psychotherapeutischen Therapie- und Beratungsangeboten: Es soll ein Therapiezentrum in öffentlicher Trägerschaft aufgebaut werden, welches barrierefreien Zugang bietet und ein digitales Beratungsangebot betreibt.
- Psychische Belastungen und Erkrankungen sollen durch Aufklärung und entsprechende Kampagnen entstigmatisiert werden.
- Patient*innenschutz sicherstellen: Die Daten von psychotherapeutisch behandelten Personen müssen vor staatlichem Zugriff geschützt werden.
- Aufbau medizinischer Versorgungszentren in öffentlicher Trägerschaft: Barrierefrei und gut angebunden. Auch queer-sensible Versorgung soll berücksichtigt werden.
- Überführung privater Pflegeeinrichtungen in gemeinwohlorientierte Trägerschaft und Ausbau der Pflegekapazitäten.
- Steigerung der Attraktivität von Pflegeberufen, zum Beispiel durch die Einführung von flexiblen Arbeitszeitmodellen.
- Ausbau und Stärkung des Rettungsdienstes.

6. Arbeit und Wirtschaft – Gerecht und transparent

Wirtschaftliche Unsicherheit, Existenzängste, Armut, Kriminalität, psychische Belastungen sowie Diskriminierung und Gewalt entstehen nicht isoliert. Sie sind das Ergebnis von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen, die Ungleichheit verstärken und Wettbewerb über soziale Stabilität stellen. Wir setzen uns für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und demokratisch organisierte lokale Wirtschaft ein. Unser Ziel ist es, wirtschaftliche Entwicklung mit Klimaschutz, Feminismus, sozialer Teilhabe, Inklusion und guter Arbeit zu verbinden. Das Gemeinwohl steht dabei im Mittelpunkt.

Wir fordern:

- Mitbestimmung der Beschäftigten ausbauen: Die Stadt Barsinghausen setzt sich dafür ein, dass Unternehmen vor Ort Strukturen schaffen, die eine verbindliche Beteiligung der Beschäftigten ermöglichen. Dazu gehören Informationsrechte, Beteiligungsgremien und transparente Entscheidungsprozesse.
- Betriebsübernahmen durch Beschäftigte unterstützen: Bei drohenden Schließungen oder Eigentümerwechseln sollen Belegschaften Beratung und organisatorische Unterstützung erhalten, um Betriebe in eigener Verantwortung weiterzuführen.
- Genossenschaften fördern: Die Stadt unterstützt die Gründung und Ansiedlung von Arbeiter*innen-Genossenschaften¹ sowie weiteren solidarischen Unternehmensmodellen durch Beratung, Zugang zu Räumen, Vernetzung und geeignete Förderinstrumente.
- Genossenschaftsverbund aufbauen: Ein lokaler Verbund soll Kooperationen zwischen Genossenschaften erleichtern, gemeinsame Infrastruktur bereitstellen und Wissenstransfer ermöglichen.
- Arbeiter*innenrat einrichten: Ein kommunaler Arbeiter*innenrat soll Beschäftigte, Gewerkschaften, Genossenschaften und Verwaltung zusammenbringen, um wirtschaftspolitische Entwicklungen zu beraten und Empfehlungen auszuarbeiten.
- Kommunale Auftragsvergabe sozial und ökologisch ausrichten: Bei städtischen Ausschreibungen sollen Unternehmen bevorzugt werden, die tarifgebunden zahlen,

¹ Eine Arbeiter*innen-Genossenschaft ist ein Unternehmen, das von seinen Beschäftigten gemeinsam gegründet und demokratisch geführt wird.

Mitbestimmung, Awareness-Strukturen² und faire Lieferketten bieten oder als Genossenschaften organisiert sind.

- Gewerbeflächen aus öffentlicher Hand sollen nur an Unternehmen mit Betriebsrat und Tarifbindung sowie an Genossenschaften vergeben werden.
- Planungsinfrastruktur aufbauen: Für eine nachhaltige und demokratisch gestaltete kommunale Wirtschaftsentwicklung sollen digitale Werkzeuge, Datenplattformen und Beteiligungsformate etabliert werden, die langfristige Planung ermöglichen.
- Prävention und Hilfe gegen Gewalt und psychische Probleme am Arbeitsplatz: Es soll eine Hilfestelle aufgebaut werden, die Betroffene von Sexismus und Diskriminierung am Arbeitsplatz unterstützt und Unternehmen dabei hilft, eigene Awareness-Strukturen aufzubauen sowie Maßnahmen zur Vorbeugung von Burnout und psychischen Belastungen zu implementieren.
- Gleiche Rechte und gleiche Bezahlung für alle: Kein Lohndumping bei Geflüchteten und anderen vulnerablen Gruppen.

7. Energie und Umwelt – Barsinghausen sozial und ökologisch gestalten

7.1 Energie und Klimaschutz

Wir streben das schnelle Erreichen von Klimaneutralität in der Kommune an. Die Abhängigkeit von fossilen Energielieferungen aus autokratischen und totalitären Staaten muss überwunden werden. Dazu setzen wir auf den Ausbau erneuerbarer Energiequellen sowie auf moderne Energiespeichermethoden.

Wir fordern:

- Erneuerbare Energiequellen in Barsinghausen ausbauen: Errichtung neuer Windkraft- und Solaranlagen unter Beteiligung und (finanzieller) Teilhabe der Einwohner*innen.

² Awareness-Strukturen sind klare Ansprech- und Unterstützungsangebote, die dafür sorgen, dass Menschen sich sicher und respektiert fühlen – besonders bei Grenzverletzungen oder Diskriminierung.

- Kritische Infrastruktur sichern: Einrichtung von Batteriespeichern aus gebrauchten E-Auto-Akkus (second-life) für die Energieversorgung von öffentlicher Infrastruktur.
- Durchführung von Machbarkeitsstudien zur Förderung und Errichtung von Energiespeicheranlagen.
- Wärmewende voranbringen: Wir wollen Geothermie als zuverlässige, regionale und klimafreundliche Wärmequelle ausbauen. Dafür sollen lokale Potenziale wie Erdwärme und Grubenwasser genutzt und auf klare Umweltstandards sowie transparente Beteiligung der Bürger*innen gesetzt werden.

7.2 Natur- und Katastrophenschutz

Wir setzen uns für einen starken Natur- und Umweltschutz ein. Dazu sollen Stadt und Land nach ökologischen Prinzipien gestaltet werden, um natürliche Lebensräume zu erhalten, Ökosysteme zu regenerieren und die biologische Vielfalt zu fördern. Wir setzen uns darüber hinaus für einen stärkeren Schutz der Einwohner*innen von Barsinghausen vor den Folgen des Klimawandels ein.

Wir fordern:

- Renaturierung und Verbreiterung von begradigten Bachabschnitten zur Verbesserung des Hochwasserschutzes sowie zur Stabilisierung des Ökosystems und der biologischen Vielfalt.
- Regenwassernutzung, Entsiegelung und Retentionsflächen fördern: Regenrückhaltebecken sollen ausgebaut und Böden entsiegelt werden, zur Verhinderung von Trinkwassermangel, Dürre- und Hochwasserschäden.
- Ausweisung zusätzlicher Naturschutzgebiete.
- Naturnahe Entwicklung von gemeindeeigenem Grünland.
- Neuanlage und Umwandlung von Grünstreifen in artenreiche Blühstreifen auf öffentlichem Grund.
- Verstärkte Anpflanzung von Bäumen auf öffentlichen Plätzen, zum Beispiel im Innenstadtbereich: Bäume wirken kühlend auf die Umgebung und bieten somit einen effektiven Hitzeschutz.
- Aufstellung eines Baumkatasters und einer Baumschutzsatzung für den öffentlichen und privaten Bereich: Es soll ein Verzeichnis über die auf

Stadteigentum befindlichen Bäume erstellt werden. Mit Hilfe einer Baumschutzsatzung sollen die Bäume besser geschützt werden.

- Kostenloses Trinkwasser in der Innenstadt von Barsinghausen an heißen Tagen: Öffentliche und auch private Einrichtungen sollen dieses bereitstellen. Die Kosten trägt die Stadt. Hierzu soll ein eigenes Logo zur Kennzeichnung der Einrichtungen erstellt werden.

8. Für eine solidarische Kommune – Antifaschistisch und antirassistisch

Wir leben in einer Gesellschaft, in der nur Wenige über Reichtum, Produktionsmittel und politische Entscheidungsmacht verfügen, während die große Mehrheit ihre Arbeitskraft verkaufen muss, um überleben und Familienangehörige mitversorgen zu können. Diese Ungerechtigkeit wird in Zeiten von Krieg, Inflation und Energiekrise noch verschärft. Rechte Kräfte nutzen wachsende Armut, Ängste und soziale Unsicherheit aus – dem müssen wir konsequent entgegenwirken. Frieden braucht soziale Sicherheit, demokratische Mitbestimmung und ein Leben ohne Angst. Soziale Gerechtigkeit, Frieden und Antifaschismus gehen für uns Hand in Hand.

Wir fordern:

- Förderung von Städtepartnerschaften und aktive Unterstützung von Friedens- und Solidaritätsinitiativen.
- Aufrufe zur aktiven Teilnahme an Friedensfesten und Bildungsprojekten sowie kommunale Initiativen für Gewaltfreiheit, Antimilitarismus und ziviler Konfliktlösung.
- Erinnerungskultur pflegen durch Aufruf zur Teilnahme am jährlichen Säubern der Stolpersteine. Damit stärken wir das Gedenken an die Opfer des Faschismus.
- Klare Haltung gegen rechte Hetze, Gewalt und Desinformation – in Verwaltung, Bildungseinrichtungen und öffentlichem Raum.
- Öffentliche Räume verteidigen – gegen rechte Aufmärsche, Polizeigewalt und alle Arten von Verdrängung.
- Solidarität mit allen zeigen, die sich rechten Bedrohungen entgegenstellen.